

ENERGIE #2
FAKTENBLATT

AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN

Das Ende des Kohlestroms und dann? Erneuerbare Energien sind die Basis für eine klimaverträgliche Stromversorgung und für ein schrittweises Abschalten von Kohlekraftwerken. Zum Ausgleich der schwankenden Einspeisung aus erneuerbarer Energien müssen Stromnetze und Speicher ausgebaut werden. Wenn die Vorschläge der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KWSB) umgesetzt werden sollen, muss der Ausbau von Wind- und Solarenergie wieder in Gang kommen.

Zum Stand der Dinge

Im Jahr 2018 lag der Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten Energieversorgung bei rund 17 %. Beim Blick auf den Stromverbrauch lag der Anteil bereits bei 38 %. Den Großteil davon machen Wind- und Solarenergie aus. Die Bundesregierung strebt bis 2030 einen Anteil von 65 % erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch an. Allerdings kann sich die Regierungskoalition aktuell nicht einigen, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Gleichzeitig stockt der notwendige Ausbau der Windenergie. Das gefährdet zukunftsfähige Arbeitsplätze und nimmt wirtschaftliche Chancen.

Herausforderungen und Rahmenbedingungen

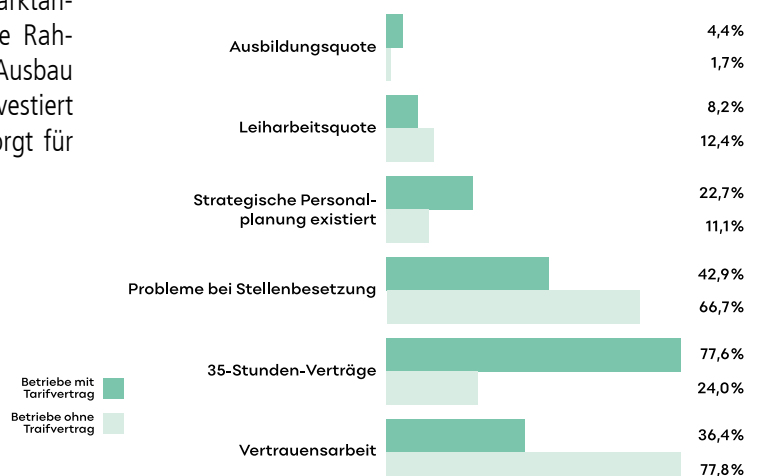
Gleichzeitig muss der Netzausbau aufholen, um den eingespeisten Strom aus erneuerbaren Energien dorthin zu transportieren, wo er gebraucht wird. Laut Bundesbedarfsplangesetz müssen etwa 5.900 km gebaut werden. Davon sind bislang nur 600 km genehmigt und 300 km gebaut. Darüber hinaus fehlen Speicherkapazitäten. Ob über Pumpspeicherkraftwerke, Batterien, Wärmespeicher oder synthetisches Gas und Wasserstoff als Kraftstoff – es bedarf diverser Formen von Speicherlösungen, um die Energiewende zum Erfolg zu bringen. Hier sind sowohl Forschung, als auch Marktanzreizprogramme gefragt. Die Politik muss deshalb die Rahmenbedingungen so setzen, dass verlässlich in den Ausbau von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern investiert werden kann. Das schafft neue Arbeitsplätze und sorgt für wirtschaftliche Entwicklung.

Gute Arbeit fördern

Die Qualität der Arbeitsbedingungen in der Erneuerbare-Energien-Industrie ist die Schwachstelle der Branche. Oft fehlt es an Tarifverträgen und betrieblicher Mitbestimmung. 43 % aller Betriebe, die nur der Windbranche zuzuordnen sind, haben keinen Tarifvertrag. Bei Windkraft-Unternehmen, die auch in anderen Branchen arbeiten, sind es nur 29 %. Hier muss ein Umdenken stattfinden. In tarifgebundenen Unternehmen der Windbranche ist die Arbeitsqualität durchschnittlich höher. So sind hier 35-Stunden-Verträge, geringere Leiharbeitsquoten und strategische Personalplanung weiter verbreitet (Grafik).

Der DGB fordert:

- das 65 %-Ziel für erneuerbare Energien gesetzlich zu verankern
- jährliche Ausbaumengen Solarstrom und Windkraft an Land und auf See planbar bis 2030 zu definieren
- den koordinierter Ausbau des Stromnetzes und die zügige Entwicklung von Speichertechnologien voranzubringen
- soziale Standards (Tarifbindung) bei der Teilnahme an Ausschreibungen für erneuerbare Energien zu definieren.



Quelle: IG Metall 2017, Betriebsrätebefragung Windindustrie

